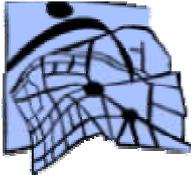


Elektronisches Dokument:

**Rolf-Peter Löhr,  
Bundesweite Erfahrungen und Erkenntnisse für die  
Praxis aus der Begleitforschung des Bundes mit  
dem Programm "Soziale Stadt"**

Originalquelle:	<a href="http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/loeh&lt;br/&gt;r-erfahrungen-2000.shtml">http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/loeh r-erfahrungen-2000.shtml</a>
Originalformat:	html
Speicherort:	<a href="http://edoc.difu.de/orlis/DF7979.pdf">http://edoc.difu.de/orlis/DF7979.pdf</a>

Ein Service des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin



**soziale stadt**

Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt"

# **Bundesweite Erfahrungen und Erkenntnisse für die Praxis aus der Begleitforschung des Bundes mit dem Programm "Soziale Stadt"**

Dezember 2000

Dr. Rolf-Peter Löhr,  
Stellv. Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik

## **1. Einbettung des Programms Soziale Stadt**

Zwei Entwicklungslinien - eine spezielle städtebauliche und eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung - führen zum Programm Soziale Stadt:

### **a) Sanierungspraxis**

Die Bundesregierung hat dieses Programm nicht erfunden. Es ist nicht von oben "aufgepfropft", sondern ist durch Wandlung in der Sanierungspraxis vieler Städte in vielen Jahren von unten gewachsen. Mit diesem Wandel wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass es in vielen Gebieten zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen nicht mehr ausreicht, bauliche Investitionen vorzunehmen, sondern dass flankierende soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Maßnahmen erforderlich sind.

Die Länder, besonders Nordrhein-Westfalen und Hamburg, aber auch Hessen und Berlin, haben ab 1993 diese Form einer behutsamen und bewohnerorientierten Stadterneuerung aufgegriffen und in besonderer Weise gefördert. 1996 beschloss daher die ARGEBAU ihre Gemeinschaftsinitiative "Die soziale Stadt", die von der alten Bundesregierung im Rahmen des Forschungsprogramms "ExWoSt" aufgegriffen und von der jetzigen Regierung zu einem eigenständigen Programm weiterentwickelt wurde. Daneben hat die EU ihre Initiative URBAN gestartet.

## **b) Allgemeine Entwicklungen**

### **- Verunsicherung der Menschen durch tiefgreifenden Strukturwandel in Gesellschaft und Wirtschaft**

Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und zunehmend zur Wissensgesellschaft, die enorme Rationalisierung in der Wirtschaft und die Globalisierung der Märkte, die Auflösung von Dauerarbeitsverhältnissen und die zunehmende Spreizung der Einkommensverhältnisse schafft viele Gewinner, aber noch mehr Verlierer und von Verlusten Bedrohte.

Die soziale Polarisierung schlägt sich in den Städten auch räumlich nieder, verursacht vor allem durch zwei Wanderungsbewegungen: Wohlhabendere Haushalte ziehen ins Umland oder in "bessere Gegenden" innerhalb der Stadt, schwächere Haushalte, vor allem von Arbeitslosigkeit betroffene und geringverdienende, ziehen in strukturschwache Gebiete mit billigen Mieten.

Die Entwicklungen der letzten Jahre auf den Gebieten Arbeit, Rente, Gesundheit, Umwelt, Werte, Bevölkerungsentwicklung, Migration stellen zudem viele herkömmliche "Gewissheiten" fundamental in Frage.

### **- Überforderung des Staates**

Durch die Übernahme immer neuer und weitergehender Aufgaben hat der Staat immer wieder eine Versicherungsmentalität statt Selbstverantwortung und Fähigkeit zur Selbsthilfe gefördert (Ellwein/Hesse 1994)

### **- Verstädterung der Gesellschaft**

Immer mehr Menschen siedeln sich in verstädterten Regionen, nicht unbedingt in den Kernstädten, an. Der ländliche Raum verliert an Bedeutung als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Dies ist ein weltweiter Prozess, der aber auch in Deutschland stattfindet. Suburbanisierung mit neuen Formen einer Zwischenstadt (Sieverts) und hierdurch bedingten Belastungen durch Verkehr, Bodenversiegelung sowie unausgewogene Infrastrukturauslastung und -versorgung ist die Folge.

### **- Verarmung der Städte**

Die Zunahme der Aufgaben bei gleichzeitiger Abnahme der Einnahmen spannt die Finanzkraft der Städte sehr an. Die Städte reagieren hierauf mit Reformen der Verwaltung und der Aufgabenwahrnehmung.

### **- Neue Politikziele**

Um den Anspruch der europäischen Stadt auf soziale Integration weiter zu

erfüllen, kann die öffentliche Hand nicht mehr alle Risiken ausgleichen und muss von der obrigkeitlichen Leitung zur partnerschaftlichen Kooperation mit der Gesellschaft übergehen.

### c) Wachsende Bedeutung der Städte

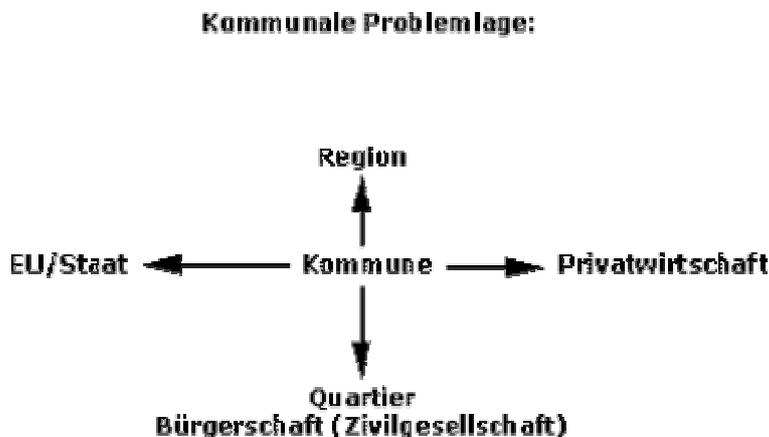
Anforderungen effizienter und bürgernaher Verwaltung richten sich zunehmend an die Städte. Dies sollte dazu führen, dass die alte Erkenntnis von Augustinus wieder in Erinnerung gerufen wird:

*Städte bestehen nicht aus Häusern und Straßen, sondern aus Menschen und ihren Hoffnungen.*

Städtebau und Stadtentwicklungspolitik müssen sich daran orientieren. Dies ist in den letzten Jahren in der Stadtentwicklung und Stadterneuerung eher vernachlässigt worden, da bauliche Investitionen im Vordergrund standen.

## 2. Prekäre Lage der Städte und Gemeinden

Die schwierige Lage der Kommunen drückt sich in folgendem "Fadenkreuz" aus:



Die Kommunen stehen im Mittelpunkt eines Beziehungsgeflechts oder Spannungsfelds, das sich vertikal in ihren Beziehungen zur Region und zum Quartier oder zum Bürger (Zivilgesellschaft) und horizontal im Verhältnis zum Staat auf der einen und zur privaten Wirtschaft auf der anderen Seite darstellt.

In vertikaler Beziehung erleiden die Kommunen Kompetenzverluste auf die Ebene der Region, weil manche traditionell kommunalen Aufgaben nur noch regional sinnvoll bewältigt werden können. Hierzu gehören z.B. die Abfallbeseitigung, die Wasserversorgung, zunehmend auch die Energieversorgung. Andererseits bedürfen manche Aufgaben einer bürgernäheren Erledigung als es die Kommune

sein kann, die infolge der kommunalen Gebietsreform in den 70er Jahren vielfach zu einer sehr großen Einheit entwickelt wurde. Hier ist das Quartier oder der Stadtteil vor allem in wichtigen Fragen der Sozial- und Städtebaupolitik viel näher dran. Viele Aufgaben können oder wollen die Bürger im Sinne zivilgesellschaftlicher Bestrebungen auch selbst wahrnehmen.

Im Verhältnis zum Staat dienen die Kommunen zunehmend als Auffangbecken und zur Sanierung staatlicher Kassen, indem staatliche Aufgaben auf die Kommunen verlagert werden ohne entsprechenden Finanzausgleich. Als Beispiel seien hier die Kindergartenplätze, das Auffangen von Langzeitarbeitslosen durch die Sozialhilfe und die Versorgung problematischer Haushalte mit Wohnungen genannt. Nach einer (sehr zweifelhaften) Aussage des Bundesbauministeriums aus dem Jahr 1994 ist der Wohnungsbedarf durch Maßnahmen des Bundes und der Länder zu 95 % befriedigt, die restlichen 5 % sind Sache der Kommunen. Von Seiten der EU kommen einerseits neue einengende Regelungen, etwa zum Vergaberecht, aber auch neue finanzielle Förderungen.

Im Hinblick auf die Privatwirtschaft verlieren die Kommunen Aufgaben durch Privatisierung und Liberalisierung bei gleichzeitigen Einnahmeverlusten. Auch hier sind Abfallentsorgung und Energieversorgung nur markante Beispiele einer breit angelegten Entwicklung. Betätigen sich die Gemeinden zur Einnahmeerzielung privatwirtschaftlich, wird ihnen das Wettbewerbsrecht entgegengehalten, nach dem wirtschaftliche Betätigung von Kommunen auf dem privaten Sektor regelmäßig unlauterer Wettbewerb ist. Kompensation von Einnahmeausfällen an anderer Stelle wird so also immer schwieriger. Hinzu kommen die Auswirkungen der Globalisierung, die u.a. ganz konkret dazu führen, dass weltweit agierende Unternehmen Einnahmen dort "verbuchen", wo die Besteuerung gering ist, und Verluste dort geltend machen, wo die Besteuerung hoch ist. Letzteres ist in Deutschland der Fall.

### **3. Handlungsmöglichkeiten der Städte**

Wenn Städte in dieser Situation versuchen, ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern oder wenigstens zu erhalten, so ist hierbei zu beachten, dass diese Aktivitäten in einen größeren Diskussionszusammenhang eingebettet sind: So wurden in den 70er Jahren die Grenzen des Sozialstaats, in den 80er Jahren der Umbau, nach Kritikern der Abbau des Sozialstaats und in den 90er Jahren der schlanke Staat diskutiert. Heute ist das Leitmodell der Diskussion der aktivierende Staat, der nicht mehr, wie der schlanke Staat, allein auf Privatisierung setzt, sondern daneben neue Partizipationsmöglichkeiten eröffnet und erfordert.

Für Städte und Gemeinden sind drei Ansätze denkbar, ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern:

#### **a) Handlungsspielraum nutzen**

Rechtliche und politische Einengungen sind nicht zu ändern, aber hier muss versucht werden, durch phantasievolle Auslegung der Gesetze und durch

politische Initiativen die bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen.

Zwar besteht kein Einfluss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, doch können Städte durch kreative Wirtschaftsförderung im eigenen Rahmen durchaus einen Beitrag zur Verbesserung ihrer Einnahmen leisten.

### **b) Handlungskraft stärken**

Die Finanzknappheit ist nicht ein vorübergehendes, sondern ein strukturelles Problem. Eine Rückkehr zu den wohlhabenden Zeiten der 60er und 70er Jahre steht nicht zu erwarten.

Aus diesem Grund ist es sicherlich zum Teil unvermeidlich, Personal abzubauen, doch darf dabei nicht vergessen werden, das Personal zu qualifizieren. Das Personal ist das wichtigste "Kapital" der Kommunen, und dieses muss durch Bildung und Fortbildung gestärkt werden.

### **c) Handlungseffizienz erhöhen**

Hier liegt der zentrale Schlüssel, um mit den Problemen der Gegenwart fertig zu werden. Aus diesem Grunde sind die Städte Spitzenreiter bei der Verwaltungsmodernisierung, erproben die Kooperation mit der Wirtschaft und teilweise auch auf regionaler Ebene. Auf allen diesen Gebieten gibt es gute Ansätze, aber hier bestehen noch erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Nutzung der Möglichkeiten, die die "Zivilgesellschaft" bietet. Hier gilt es, einerseits Eigenverantwortung zu stärken, andererseits Kooperationspotenziale zu nutzen.

Kooperation ist dabei der wichtigste Ansatz. Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung kommt es darauf an, nach der starken Dezentralisierung und Spezialisierung durch Budgetierung und Produktorientierung Elemente eines strategischen Managements einzubauen, die die Zusammenschau wichtiger Probleme und deren gemeinsame Lösung ermöglichen. Die Kooperation mit der Wirtschaft hat durch z.B. städtebauliche Verträge und gemischtwirtschaftliche Unternehmen ein breites Anwendungsfeld gefunden, wenn hier auch noch viele Unklarheiten und Risiken bestehen.

Diese Kooperation erstreckt sich mittlerweile vielfach auch auf die Bürgerschaft, die nicht nur als Kunde betrachtet werden darf, sondern auch als Klient oder Koproduzent angesehen werden muss. Je nach Verwaltungsaufgabe sind die verschiedenen Rollen des Bürgers in Rechnung zu stellen.

Wichtige Kooperationsformen, in denen der Bürger als Koproduzent öffentlicher Leistung auftritt, sind die verschiedensten Formen des Stadtmarketings, die Initiativen zur Lokalen Agenda 21 und Kriminalpräventive Räte. In all diesen Bereichen engagieren sich Bürgerschaft, Wirtschaft und andere Politikbereiche

für integrierte städtische Problemlösungen.

Ein neues Handlungsfeld in diesem Zusammenhang ist das Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt".

#### **4. Bund-Länder-Programm Soziale Stadt**

Die prekäre Lage der Städte verschärft den ohnehin bestehenden interkommunalen Wettbewerb um Betriebe und Bewohner. Dabei findet dieser Wettbewerb teilweise innerhalb der Region statt, wenn einkommenskräftige Haushalte ins Umland abwandern und den Zentralstädten die Problemhaushalte verbleiben oder sogar zuwandern. Auch Migrantinnen und Migranten konzentrieren sich in den Städten. Durch innerstädtische Wanderungen beginnen sich Problemhaushalte zudem in bestimmten Quartieren zu konzentrieren, so dass nicht nur eine soziale, sondern auch eine sozialräumliche Spaltung in der Stadt entsteht.

Das wesentliche Ziel des Programms Soziale Stadt ist daher, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf zu selbständig lebensfähigen und zu lebenswerten Stadtteilen zu entwickeln. Die dazu notwendigen Impulse sind entsprechend vielfältig: Sie reichen von ökonomischen bis zu kulturellen, von städtebaulichen bis zu ökologischen Impulsen. Das Programm Soziale Stadt ist also keineswegs auf Soziales beschränkt, sondern soll gerade im Gegenteil eine integrierte Stadterneuerung in Gang setzen oder weiter unterstützen. Es ist darauf angelegt, Kooperationen möglichst vieler Professionen anzuregen und zu vertiefen.

Zur Erreichung dieser Ziele wird mit dem Programm Soziale Stadt ein doppelter Ansatz verfolgt:

- a) Zum einen sollen mit der gleichzeitigen Quartiers- und Querschnittsorientierung die Entwicklungen auf den verschiedenen für die Stadt- und Stadtteilentwicklung relevanten Politikfeldern zusammengefasst und ressort- und sektorübergreifendes Vorgehen als zentrales Element staatlicher und kommunaler Stadterneuerungspolitik etabliert werden.
- b) Zum anderen werden mit dem Programm die Menschen in diesen problembehafteten Quartieren mit ihren Wünschen und Sorgen, ihren Potenzialen und Handlungsmöglichkeiten als wichtige Akteure der Stadterneuerung ernst genommen. Zur Stärkung ihrer Mitwirkung und Mitentscheidung sollen Formen des Quartiermanagements zur Aktivierung der Ressourcen und Potentiale eingesetzt werden. Einer "Kultur der Abhängigkeit" soll so eine "Kultur der Selbstbestimmung" entgegengesetzt werden.

Die beabsichtigte Stärkung ihrer Mitwirkung und Mitverantwortung ist für die

Bürgerinnen und Bürger vor Ort eine große Herausforderung. Sie sind nicht mehr Objekt einer sozialplanerischen Betreuung von oben, sondern ihnen wird zugetraut und zugemutet, für sich und ihr konkretes Lebensumfeld Kräfte und Kreativität zu mobilisieren.

Hier habe ich jetzt Friedrich Merz zitiert; ich hätte genauso gut Gerhard Schröder zitieren können, der das Programm Soziale Stadt und die mit ihm verfolgten Ziele und Ansätze als einen Beitrag zur Entwicklung und Stärkung der Zivilgesellschaft betrachtet. Immer kommt es darauf an, die Potenziale, nicht die Probleme in den Vordergrund zu stellen. Der Bürger wird hier also nicht als Kunde gesehen, der zwischen verschiedenen Leistungsanbietern auswählt, und auch nicht mehr als Klient, der staatlicher Fürsorge unterliegt, sondern als Koproduzent, der notwendig ist, damit die staatliche Leistung effektiv und effizient erbracht wird.

Das Programm bedeutet daher auch für die mit der Stadterneuerung befassten Fachleute aller Professionen einen Verzicht auf "Macht" und das Einlassen auf die Sichtweisen anderer, nämlich der Bürgerinnen und Bürger oder anderer Politiksektoren. Die Versäulung der Verwaltungen soll so aufgebrochen werden. Zugleich trägt die maßgebliche Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger als "Experten in ihren eigenen Angelegenheiten" dazu bei, eine den Bedarfen der Menschen entsprechende Qualität und zugleich Identifikation mit dem Quartier entstehen zu lassen.

Solche Kooperationen in den verschiedensten Formen und die darauf aufbauende Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ihr Quartier sind die wichtigsten Elemente bei der Entwicklung einer entsprechend dem Ideal der europäischen Stadt sozial integrativen, also wahrhaft sozialen Stadt.

Öffentliche Aufmerksamkeit für die Probleme und Potenziale der Menschen in den Quartieren weckt Hoffnung und schafft damit Basis für Aktivität! Hier schließt sich der Kreis zu der Vorstellung von Augustinus über das Wesen der Stadt.

## **5. Aufgabe des Difu**

Da das Programm sehr anspruchsvoll und ambitioniert und seine Umsetzung absehbar nicht einfach und konfliktfrei ist, haben Bund und Länder das Difu beauftragt, den Erfahrungsaustausch zwischen allen beteiligten Akteuren zu unterstützen und teilweise auch zu organisieren. Das Difu soll in dem Programm die Aufgabe einer überregionalen Vermittlungs-, Informations- und Beratungsagentur erfüllen und Ansprechpartner für alle im Rahmen des Programms beteiligten Personen, Initiativen und Institutionen sein. Dabei will und kann das Difu nicht landesweite Informations- und Kooperationsnetzwerke ersetzen. Es setzt sie vielmehr voraus und bindet sie in den bundesweiten Austausch, der den Blick auf noch andere Vorgehensweisen und Handlungsmöglichkeiten eröffnet, ein. Die wichtigsten Elemente der Programmbegleitung - Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Internet-Forum, Begleitung vor Ort in 16 Modellgebieten und Good-Practice-Analyse, Vorbereitung der Evaluation des Programms - sind in der beigefügten Abbildung graphisch

dargestellt.

Finanziert werden alle Aktivitäten dieser Programmbegleitung durch das Difu nicht aus Mitteln des Bund-Länder-Programms, sondern aus dem Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau", das vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung betreut wird.

## **6. Struktur der Programmgebiete**

Im Programmjahr 1999 wurden 161 Gebiete in 124 Gemeinden in das Programm aufgenommen. Im Jahr 2000 sind 49 neue Gebiete in 33 Gemeinden hinzugekommen. Insgesamt befinden sich zur Zeit also 210 Gebiete in 157 Gemeinden in der Förderung. Einige Gebiete sind allerdings als "ruhend" deklariert.

Das Difu hat zu Beginn der Programmlaufzeit bei allen Programmgebieten des Jahrgangs 1999 eine Umfrage durchgeführt, die eine Charakterisierung der Gebiete nach ihren Problemen, Potentialen und Handlungsansätzen erlauben soll. Der Rücklauf war sehr schleppend und aus einem großen Bundesland, fehlt noch die Hälfte der Fragebögen, so dass die Rücklaufquote erst 75 % beträgt. Gleichwohl ist ein guter Überblick über die Struktur der Programmgebiete möglich.

Ende 2001 werden wir die Befragung in leicht modifizierter Form wiederholen, um Einschätzungen zur Handhabung des Programms, zu Restriktionen und bis dahin schon erkennbaren Wirkungen des Programms zu erhalten. Die Ergebnisse werden in Überlegungen zu einer etwaigen Weiterentwicklung des Programms einfließen.

Bundesweit liegt ein Viertel der Gebiete in der Innenstadt, ein gutes Drittel am Innenstadtrand und 40 % am Stadtrand. Im Saarland dagegen liegen fast zwei Drittel der Gebiete im innerstädtischen Bereich.

Beim Baualter der Wohnungsbestände fällt auf, dass der Schwerpunkt der Gebiete in den Neubaugebieten der 60er bis 80er Jahre liegt. Die Wohnungsbaupolitik dieser Zeit zusammen mit dem Rückgang des sozialen Wohnungsbaus in den letzten 20 Jahren, dem Auslaufen der Bindungen und die Belegungspolitik der Kommunen haben offenbar ganz wesentlich zur Entstehung der heutigen Probleme beigetragen, weil eine Konzentration von Problemhaushalten erfolgte.

Dass drei Viertel der Gebiete in städtisch geprägten Räumen und nur knapp ein Viertel in ländlich geprägten Räumen liegen, ist nicht überraschend. Interessanter ist schon, dass über die Hälfte der Gebiete in Städten unter 100.000 Einwohner liegt, fast 10 % sogar in Gebieten unter 20.000 Einwohnern. Die Gebiete in Millionenstädten machen mit 14,5 % letztlich nur unwesentlich mehr aus. Es handelt sich also nicht um ein Großstadtprogramm.

Bei der Quartiersgröße ist auffällig, dass fast ein Drittel der Gebiete eine Größe

von deutlich über 100 ha aufweist, was sicher eher problematisch ist. Die Größe schwankt zwischen über 350 ha und unter 20 ha, der Durchschnitt liegt bei 100 ha. Auch bei der Einwohnerzahl liegt ein Drittel der Gebiete über 10.000 Einwohnern, was sicherlich auch schwierig ist. Die durchschnittliche Einwohnerzahl liegt bei 8300 Einwohnern.

Ob die Gebietsauswahl immer den Ansprüchen des Programms Soziale Stadt genügt, erscheint vor allem bei den ganz kleinen, aber auch bei den ganz großen Gebieten zweifelhaft. Denn dass hier selbst tragende Strukturen geschaffen werden können, integrierte Handlungsansätze greifen und Quartiermanagement effektiv arbeiten kann, ist eher unwahrscheinlich.

Bei der Sozialstruktur der Gebiete fällt auf, dass ihre Aussiedler- und Ausländerquoten bundesweit jeweils um 10 % über dem Stadtdurchschnitt liegen und dass auch die Arbeitslosenquote im Mittel rund 6 % über dem Stadtdurchschnitt liegt. Von daher sind die Gebiete also offenbar richtig ausgewählt.

Der politische Wille, die Probleme in diesen Gebieten anzugehen, ist zwar in den meisten, offenbar keineswegs aber in allen Gebieten deutlich. Lediglich für gut 80 % der Quartiere besteht ein politischer Grundsatzbeschluss zu ihrer Erneuerung. In fast der Hälfte der Gebiete werden oder wurden vorbereitende Untersuchungen durchgeführt, aber verbindliche Pläne bestehen in den wenigsten Gebieten.

Zur Mittelbündelung sind nur sehr vorsichtig Aussagen zu treffen. Natürlich liegt der Schwerpunkt der eingesetzten Mittel bei Städtebauförderung, Wohnungsbauförderung und dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Daneben kommen lediglich Mittel der Arbeitsverwaltung in knapp zwei Dritteln der Gebiete zur Anwendung. In weniger als 50 % der Gebiete werden Mittel aus verschiedenen Landesprogrammen eingesetzt, alle anderen Mittel kommen nicht einmal bei einem Drittel der Quartiere zum Einsatz. Etwa Mittel der EU-Strukturfondsförderung EFRE oder ESF werden bei weniger als einem Drittel der Gebiete eingesetzt. Dementsprechend ist es auch nicht überraschend, dass mehr als 10 % der Gemeinden angeben, eine Bündelung der Mittel finde nicht statt. Bei den anderen 90 % dürfte die Bündelung im traditionellen Rahmen, d.h. das Nebeneinander verschiedener Förderungen im Vordergrund stehen. Hier besteht daher noch erheblicher Handlungsbedarf. Mitte Dezember hat das Difu daher einen Workshop zur Ressourcenbündelung auf Bundes- und Landesebene durchgeführt, an dem fast alle Städtebauförderungsreferenten und -referentinnen aus Bund und Ländern sowie einige Vertreterinnen und Vertreter von Bezirksregierungen und Städten teilnahmen.

Kooperationen mit verschiedenen Akteursgruppen finden in sehr vielen Gebieten statt. In über 80 % der Fälle sind Wohnungsbauunternehmen, Träger der freien Wohlfahrtspflege und Initiativen und Vereine aus der Bevölkerung in die Programmumsetzung involviert. Die wichtigsten Netzwerkkonstellationen im Quartier sind Stadtteilkonferenzen, die es in zwei Dritteln der Gebiete gibt. In den Gebieten sind vielfältige Netzwerke aktiv, es ist aber aus der Umfrage nicht ersichtlich, inwieweit sie in die Umsetzung des Programms unmittelbar einbezogen sind. Jedenfalls ist hieraus ein erhebliches Potential für Kooperation

und Bürgermitwirkung gegeben.

Bedenklich stimmt dagegen, dass fast 10 % der Gemeinden die Einrichtung eines Stadtteilmanagements dezidiert abgelehnt haben, und dass es - dies ist aber vielleicht auf den frühen Zeitpunkt der Befragung zurückzuführen - in knapp der Hälfte der Gemeinden erst geplant war. Wie weit hier inzwischen die Umsetzung erfolgt ist, werden wir erst im Laufe der Programmbegleitung erfahren.

## **7. Bisherige Erfahrungen**

Das Programm Soziale Stadt basiert auf der traditionellen Städtebauförderung als Leitprogramm und "Zugpferd". Es nutzt die hier schon gewonnenen Erfahrungen mit ressort- und ämterübergreifender Kooperation und Koordination. Diese Anknüpfung enthält Chancen und Risiken zugleich. Zwar kann auf frühere integrierte Ansätze in der Städtebauförderung zurückgegriffen werden, doch besteht dabei die Gefahr, dass baulich-städtebauliche Maßnahmen als Beitrag zur Lösung etwa sozialer Probleme überschätzt werden.

Allerdings teile ich nicht die am 15. November 2000 auf einer Veranstaltung des Bayerischen Innenministeriums zur Sozialen Stadt geäußerte Meinung, dass zur Vermeidung von Verdrängungen keinerlei baulich-räumliche Aufwertung der Gebiete erfolgen dürfe, wenn soziale Ziele erreicht werden sollen. Es gibt nach unserer Erfahrung nicht diesen Widerspruch zwischen sozial und baulich ausgerichteten Entwicklungsstrategien, sondern es sind integrierte Ansätze zu verfolgen, die sich an den konkreten Bedarfen der Menschen vor Ort orientieren.

Dabei ist allerdings zu akzeptieren, dass die Standards unter Umständen andere sind, als es sich die bürgerliche Mittelschicht vielfach vorstellt. Aber so groß ist der Unterschied nach bisheriger Erfahrung nicht. Jedenfalls wollen die Menschen nicht in "dreckigen" Quartieren wohnen. Die Erfahrungen in den Programmgebieten zeigen das Gegenteil.

### **a) Unterstützung durch das Land**

Mit dem Programm wird in vielfältiger Weise und für viele Akteure Neuland betreten. Das Programm kann daher nur dann wirklich Erfolg haben, wenn es vom Land, das für die Städtebauförderung zuständig ist, rückhaltlos unterstützt wird. Dies setzt einen politischen Beschluss des Kabinetts und ein Engagement der zuständigen Minister und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus. In dem Kabinettsbeschluss sollte auch über die Verfahrensweise zur Mittelbündelung, die die Umsetzung des Programms erheblich vereinfachen kann, beschlossen werden.

Förderlich wären möglicherweise auch eigene Förderrichtlinien, um den gewandelten Charakter dieses Programms gegenüber der herkömmlichen Städtebauförderung deutlich zu machen. Sicher wird teilweise zu Recht gesagt, die Enge bestehe nicht in den Richtlinien, sondern in den Köpfen der sie Umsetzenden, doch ist eine Änderung der Denk- und Verhaltensweisen durch

eine Änderung der Richtlinien möglicherweise leichter zu erzielen als ohne eine solche.

In diesen Richtlinien könnte z.B. klargestellt werden, dass das Personal des Quartiermanagements aus dem Programm Soziale Stadt gefördert werden kann, dass dem Quartiermanagement für die Aktivierung der Bevölkerung und die Vorbereitung von baulichen Investitionen Pauschalmittel (Verfügungsfonds) zur Verfügung gestellt werden, über die das Quartiermanagement im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern selbständig entscheiden kann.

Wichtig ist, in alle Überlegungen zur Umsetzung des Programms die Bezirksregierungen, soweit vorhanden, einzubinden, vor allem aber auch den Landesrechnungshof. Denn, wenn es richtig ist, dass das Programm eher unorthodoxe und unverregelte Vorgehensweisen erfordert, sollte der Rechnungshof von vornherein über diesen besonderen Ansatz des Programms informiert sein, damit nicht im nachhinein erhebliche Probleme entstehen und im Hinblick darauf schon früh Verunsicherungen etwa der mittelbewilligenden Stellen verursacht werden.

## **b) Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger**

Das Programm lebt davon, dass nicht "oben" entwickelte Vorstellungen nach "unten" transportiert und umgesetzt werden, sondern dass eine Willensbildung von unten nach oben von den Bürgern aus erfolgt. Hierzu können verschiedenste Mittel eingesetzt werden. Sie reichen von Bürgerforen, Planungszellen, Bürgergutachten, Zeitungen bis hin zu städtebaulichen Rundgängen mit Kindern und Jugendlichen oder generell den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Quartiers. Dies trägt zur Identitätsbildung und Imageverbesserung der Quartiere bei und kann die Basis für eine notwendige Leitbildentwicklung im Gebiet bilden. Hierüber muss auch berichtet werden, denn die Öffentlichkeitsarbeit ist sehr wichtig, da das Ansehen der Gebiete nicht nur im Umfeld, sondern häufig auch bei den Bewohnerinnen und Bewohnern der Gebiete zu wünschen übrig lässt und auf diese Weise verbessert werden kann.

Ein wichtiges Instrument, den Bürgerwillen zu bündeln und in effektives Handeln umzusetzen, ist das Quartiermanagement. Der Leitfaden der ARGEBAU geht daher davon aus, dass in allen Gebieten der Sozialen Stadt ein solches Quartiermanagement eingerichtet wird. Ihm war daher der erste Impulskongress des Difu im Rahmen des Programms Soziale Stadt in Leipzig gewidmet. Die große Resonanz - über 300 Teilnehmende - zeigt das große Interesse an diesem Instrument der Bürgeraktivierung.

Hier sind vielfältige Formen denkbar, doch es sind stets zwei Voraussetzungen unabdingbar, nämlich eine mittelfristige Anlage des Quartiermanagements mit entsprechend ausgerichteten Verträgen für das Quartiermanagement und einer hierauf ausgerichteten Organisationsstruktur innerhalb der öffentlichen Verwaltung. Nur dann kann das Quartiermanagement wirkungsvoll seine Aufgabe als Mittler zwischen Quartier und Verwaltung und lokaler Politik wahrnehmen. Die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen jedenfalls, wo das

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung das Programm Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf des Landes Nordrhein-Westfalen evaluiert hat, zeigen, dass nur dort, wo ein Quartiermanagement effektiv gearbeitet hat, auch positive Wirkungen erzielt werden konnten.

Das Quartiermanagement sollte nach unserer Auffassung auch die Stelle sein, die gemeinsam etwa mit einem Bürgerforum für den Verfügungsfond verantwortlich ist, der dem Drängen "unten" nach raschen Maßnahmen für das Quartier durch schnelle Entscheidungen entsprechen kann und so den Bürgerinnen und Bürgern deutlich macht, dass sie selbst über wichtige Maßnahmen in ihrem Gebiet entscheiden können.

### **c) Unterstützung durch die örtliche Politik**

Ebenso wie das Land muss auch die Stadt das Programm unterstützen, wenn es Erfolg haben soll. Auch hier ist zweckmäßig, dass der Rat der Stadt einen Grundsatzbeschluss fasst, in dem die Aufstellung und Fortschreibung eines integrierten Handlungskonzepts und die Etablierung entsprechender Organisationsstrukturen innerhalb und außerhalb der Verwaltung im Grundsatz beschlossen werden.

Wichtig ist insbesondere auch, bei den Willensbildungsprozessen im Quartier die örtliche Politik einzubeziehen, um nicht eine Struktur neben den gewählten Vertretungen zu schaffen und den gesamtstädtischen Bezug nicht aus den Augen zu verlieren. Die notwendigen bürgerschaftlichen Willensbildungsorgane dürfen daher nicht "neben" den gewählten Vertretungen etabliert werden, sondern müssen stets "im Schatten der Hierarchie" (Spiegel) agieren. Sind sie richtig organisiert, werden die gewählten Vertretungen im Regelfall den Voten der bürgerschaftlichen Gremien folgen.

Diese lokalen Foren und Entscheidungs- oder Beratungseinrichtungen müssen stets auch von der Verwaltung begleitet und betreut werden. Sie sollte daher in all diesen Gremien stets mit beratender Stimme vertreten sein. Dies erhöht die Lernfähigkeit der Verwaltung und zugleich ihre geforderte Bürgernähe.

### **d) Unterstützung durch die örtliche Wirtschaft und Wohnungsunternehmen**

Nach den bisherigen Erfahrungen ist die örtliche Wirtschaft noch zu wenig in diesen Prozessen beteiligt. Hier besteht sicherlich für alle Beteiligten noch erheblicher Lern- und Nachholbedarf. Dass dieser Bereich der lokalen Ökonomie von großer Bedeutung ist, hat Professor Läßle in einer Untersuchung für Hamburg nachgewiesen. Danach sind es neben den unternehmensbezogenen Dienstleistungen im Hightech-Bereich vor allem quartiersbezogene Betriebe und großstädtische Dienstleistungen, die erhebliche Arbeitsplatzzuwächse erzielen. Soll die lokale Ökonomie im Quartier gestärkt werden, so setzt dies allerdings einen anderen Umgang mit den Unternehmen voraus, an die nicht Anforderungen etwa zur Anstellung von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern zu richten sind, sondern die der

Unterstützung und Hilfe bedürfen, damit sie Beschäftigte aus diesen benachteiligten Gebieten einstellen. Erfahrungen zeigen, dass zudem mit Service- und Reparaturaufgaben durchaus auch neue Betriebe in den Gebieten mit Bezug auf die Gebiete gegründet werden können, die Arbeitslosen neue Chancen im ersten Arbeitsmarkt bieten.

Ein wichtiger Akteur ist natürlich die Wohnungswirtschaft. Hier gibt es zum Teil sehr großes Bemühen von Wohnungsunternehmen, über die klassische Unternehmenspolitik hinaus auch im sozialen Bereich die Voraussetzung für eine Vermietbarkeit der Wohnungen zu schaffen. Zum Teil allerdings zeigen sich Unternehmen sehr resistent gegenüber Beteiligungs- und Kooperationswünschen der Stadt. Der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen GdW und das Volksheimstättenwerk (vhw) sind allerdings sehr bemüht, hier unterstützend tätig zu werden. So führt der GdW regelmäßig Verbandsgespräche durch, bieten die Fortbildungsakademie der Wohnungswirtschaft und das vhw Seminare zu diesem Thema an und haben GdW und vhw zusammen mit anderen den Preis Soziale Stadt ausgelobt, der Anfang 2001 vergeben wird. Das Difu wird Anfang nächsten Jahres in einem Workshop mit Vertretern der örtlichen Wirtschaft und der Wohnungswirtschaft versuchen, Wege zu eruieren, wie hier eine stärkere Beteiligung erreicht werden kann.

#### **e) Maßnahmen- und Kooperationsspektrum**

Nach den bisherigen Erfahrungen ist auch im Rahmen des Programms Soziale Stadt das Handlungsspektrum noch zu sehr auf investive Maßnahmen ausgerichtet. Auch zeigen sich vielfach Versuche der Machtausweitung eines Amtes anstelle der Machtteilung durch Kooperation mit anderen Stellen - und damit der effektiveren und effizienteren Aufgabenerfüllung aller Partner. Das Domänedenken, die Versäulung der Verwaltung, macht sich hier durchaus noch hemmend bemerkbar.

Als schwierig erweist sich auch die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, das anders strukturiert ist und nur in Ausnahmefällen auf die besonderen Belange der Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf eingeht. Allerdings gibt es Ansätze hierzu, die das Difu weiter auszuweiten und bekannt zu machen sucht.

Auch die Integration kultureller, gesundheitlicher und auch jugendpolitischer Ansätze ist noch deutlich entwicklungsfähig. Aber es ist von vornherein klar gewesen, dass es sich bei diesem Programm um ein "lernendes" handelt und nicht von Anfang an alle Kooperationsvorstellungen verwirklicht werden können. Die grundsätzliche Bereitschaft hierzu aber ist in sehr vielen Fällen festzustellen.

### **8. Breites Interesse am Programm**

Die Bereitschaft zur Mitwirkung zeigt auch das breite Interesse, das diesem neuartigen Programm entgegengebracht wird. Teilweise wird sogar schon, nach

unserer Auffassung nicht zu Unrecht, von einer "Bewegung Soziale Stadt" gesprochen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich mit dem Programm "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" schwerpunktmäßig ausdrücklich auf die Gebiete der Sozialen Stadt bezogen und sucht hier von Seiten der Jugendhilfe aus, die Kooperation voranzutreiben. Auch das Bundesministerium des Innern hat mit seinem Programm zur Integration von Spätaussiedlern und seinen Aktivitäten zur Kriminalprävention einen Schwerpunkt auf die Gebiete des Programms Soziale Stadt gelegt. Die Bundesanstalt für Arbeit ermöglicht durchaus, in den Gebieten des Programms Soziale Stadt Schwerpunkte der Förderung von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen zu setzen. Das Programm URBAN II, das in Deutschland vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie verantwortet wird, besteht neben dem Programm Soziale Stadt. In manchen Ländern allerdings sind die Zuständigkeiten für beide Programme bei einem Ressort vereinigt, so dass sich jedenfalls hier bessere Kooperationsmöglichkeiten ergeben. Auch mit den EU-Strukturprogrammen ESF und EFRE bestehen Bündelungsmöglichkeiten, die in vielen Programmgebieten auch genutzt werden.

Auch die Wohlfahrtsverbände zeigen ein wachsendes Interesse am Programm Soziale Stadt. Die Zeitschrift "Blätter der Wohlfahrtspflege" beispielsweise wird hierzu Anfang 2001 ein Schwerpunktheft herausgeben. Auch das Netzwerk "Kommunen der Zukunft", das die Bertelsmann-Stiftung, die Hans-Böckler-Stiftung und die KGSt betreiben, hat einen Netzwerkknoten zum Quartiermanagement eingerichtet und unterstützt den Ansatz des Programms als innovativ.

Quartiermanagement, in welcher Organisationsform auch immer, erfordert besondere Qualifikationen, auf die die Ausbildung von Sozialarbeitern etwa bisher nicht ausgerichtet war. Die Fachhochschulen beginnen daher zunehmend, sich mit diesen Fragen auseinander zu setzen und eigene Fortbildungsstudiengänge zu diesen Themenfeldern anzubieten.

## **9. Schlussbemerkung**

Wenn das Programm auch im Grundsatz von nahezu allen politischen und gesellschaftlichen Kräften begrüßt wird, so werden vielfach doch vor allem drei Kritikpunkte geäußert:

- Das Programm sei auf Investitionen beschränkt und mit zu wenig Geld ausgestattet;
- es diene der Kaschierung des Abbaus von Sozialleistungen, und
- es biete nur einen punktuellen Ansatz, nicht die erforderliche gesamtstädtische Sichtweise.

Diese Kritikpunkte sind richtig, wenn man das Programm isoliert betrachtet und in ihm ein herkömmliches Programm sieht, wie es viele vor ihm bereits gegeben hat.

Sie sind falsch, wenn man den besonderen Charakter des Programms und seine Einbettung in eine neue Förderphilosophie ernst nimmt.

Natürlich, um zum ersten Kritikpunkt zu kommen, ist mehr Geld immer schön. Sicherlich wird sich das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen daher darum bemühen, das Programm in den kommenden Jahren finanziell besser auszustatten, wie es ja für 2001 mit der Aufstockung um 50 Mio DM bereits gelungen ist. Das Programm zielt aber weiter:

- Zunächst sei daran erinnert, dass zu Zeiten der noch reichhaltiger sprudelnden öffentlichen Förderungen und Subventionen sehr häufig die Kritik geäußert wurde, der Staat könne sein Geld gar nicht vernünftig ausgeben und bewirke durch seine Subventionen zu oft nur Mitnahmeeffekte und Fehlallokationen und verhindere produktive und problemadäquate Entwicklungen. Aus heutiger Sicht ist zudem daraufhin zu weisen, dass mehr Geld nur über Kredite beschafft werden könnte, eine Kreditfinanzierung des Programms aber zu Lasten der kommenden Generationen ginge und daher dem Gebot der intergenerativen Gerechtigkeit als elementarem Bestandteil des Prinzips der Nachhaltigkeit zuwiderliefe.
- Wie dem auch sei: Das Programm ist nicht darauf angelegt, nur für sich umgesetzt zu werden, sondern sein Ziel ist eine Mittelbündelung aus verschiedenen Politikfeldern auf den Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden, so dass für die Bewältigung der Aufgabe sehr viel mehr Geld zur Verfügung stehen sollte als das Programm selbst bereitstellt. Durch diese Mittelbündelung sind so auch über das Programm hinaus nicht-investive Maßnahmen förderbar. Zudem sind über das Programm selbst natürlich auch all jene nicht-investiven Maßnahmen förderfähig, die Voraussetzung für die investiven Maßnahmen sind. Hierzu gehören etwa die Finanzierung eines Quartiermanagements oder der Verfügungsfond.
- Die Kooperation verschiedener Ressorts zur Bewältigung der komplexen und vielschichtigen Aufgaben der Stadterneuerung erhöht zudem die Effektivität und Effizienz des Mitteleinsatzes. Hierzu gehört auch die Kooperation mit der örtlichen Wirtschaft und die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Programmentwicklung und -umsetzung vor Ort.
- So ist das Programm zugleich als ein Pilotprogramm für eine Verwaltungsmodernisierung und die Förderung der quartierbezogenen Wirtschaft sowie die Unterstützung örtlicher Eigeninitiative zu verstehen. Hierzu macht das Programm im einzelnen keine Vorgaben, sondern überantwortet die Entwicklung den konkreten Voraussetzungen und Personen vor Ort. Es zielt somit auf eine Stärkung der Quartiersebene und

bedeutet damit eine Machtverlagerung von staatlichen auf gesellschaftliche Gruppen und von formellen zu informellen Strukturen. Das Programm soll so durch die Unterstützung der Verfolgung eigener Interessen im Zusammenwirken mit Anderen zugleich den Gemeinsinn stärken.

Die weitere Kritik, das Programm diene nur der Kaschierung des Sozialabbaus, und nötig sei umgekehrt ein Ausbau sozialer Leistungen vom Wohngeld bis zur Sozialhilfe, verweist auf den zweiten neuen Ansatz des Programms: Es ist ein Schritt weg vom fürsorgenden und hin zum aktivierenden Staat. Gerhard Schröder benennt daher in seinem Aufsatz zur Zivilgesellschaft das Programm "Die soziale Stadt" als eines von vier Referenzprojekten für das umfassende Programm der Bundesregierung "Moderner Staat - moderne Verwaltung".

- Gerade in den Gebieten der "Sozialen Stadt" konstatieren die Stadtsoziologen einen zunehmenden Ausschluss der hier lebenden Menschen von der "normalen" gesellschaftlichen Entwicklung, ihre soziale Ausgrenzung und damit den Verlust von Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Dieser Situation ist nicht durch höhere staatliche Sozialleistungen zu begegnen. Sie würden nur die "Kultur der Abhängigkeit" weiter verstärken.
- Notwendig ist vielmehr eine Politik, die zu einer sozialen Anerkennung der Leistungen der Menschen hier führt und ihnen dafür die Chance einräumt, einen eigenständigen Beitrag zu einer - durchaus weit verstandenen - Wertschöpfung der Gesellschaft zu leisten. Sie können so wieder in die Gesellschaft integriert werden.
- Dazu müssen sie auch "befähigt" werden. Mit dem Programm soll daher nicht etwas "für" die - weiterhin passiven - Menschen in den Quartieren getan werden, sondern die Menschen in den Quartieren sollen aktiv selbst bestimmen können, was in ihrem Quartier geschieht, sie sollen selbst bei der Stadterneuerung und wirtschaftlichen Entwicklung im Gebiet mitwirken und - vor allem - mitbestimmen. So soll eine "Kultur der Selbstbestimmung" entwickelt werden.
- Hier liegt eine wichtige Aufgabe des Quartiermanagements oder vergleichbarer Einrichtungen, die als Mediator zwischen Bevölkerung und Verwaltung, als Initiator von Projekten und Aktivitäten, als Unterstützer selbständiger Aktivitäten im Gebiet dienen. Dabei soll das Quartiermanagement gerade nicht örtliche Aktivitäten ersetzen, sondern soll sie koordinieren und ggf. anregen. Die Selbstorganisation der Wirtschaft und der Bevölkerung im Gebiet ist die wichtigste Voraussetzung für eine vom Programm angestrebte Dauerhaftigkeit und Tragfähigkeit der eingeleiteten Entwicklungen im Quartier.

Sicher ist zutreffend, um auf den dritten Kritikpunkt einzugehen, dass sich das Programm unmittelbar nur auf Stadtteile bezieht und insofern von einer größeren Perspektive her gesehen punktuell ansetzt.

- Aber das Programm fordert eine nachhaltige Entwicklung im Gebiet, und das erfordert zum Einen die Aufgabe der Beschränkung auf enge "soziale Brennpunkte" und zum Anderen die Verknüpfung und Vernetzung mit der Umgebung des Gebiets. Die Problemlösung kann letztlich nur eine "gesamstädtische" sein. Das Programm heißt daher auch "Die soziale Stadt". Schon ein qualifiziertes Auswahlverfahren für die Programmgebiete setzt voraus, die gesamte Stadt in den Blick zu nehmen.
- Die Ansätze zu einer gesamstädtischen Betrachtungs- und Handlungsweise sind vielfältig: Sie reichen von der Verflechtung mit umgebenden Quartieren über eine präventive Politik etwa des sozialen Wohnungsbaus an anderer Stelle, um den Druck auf das Gebiet nicht noch zu erhöhen, bis hin zu einer Eigentumsbildung im Gebiet und der Begründung von Belegungsbindungen an anderer Stelle im Stadtgebiet. Dass dies in den "besseren" Stadtvierteln zu zum Teil heftigen Protesten führt, ist ein Armutszeugnis für diese Gebiete und zeugt davon, dass die vielfach konstatierte "Überforderung" vielleicht gar nicht in den Programmgebieten der "Sozialen Stadt", sondern hier liegt.
- Das Programm erfordert daher einen ressortübergreifenden und gebietsübergreifenden integrierten Ansatz der Stadterneuerung und Stadtentwicklung. Nur eine Stadt, die insgesamt solidarisch ist mit ihren schwächeren Mitbürgerinnen und Mitbürgern kann eine soziale Stadt sein.

Die genannten Kritikpunkte machen also gerade deutlich, wo der Paradigmenwechsel liegt, der in dem Programm Soziale Stadt begründet ist, nämlich in

- der Kooperation möglichst vieler Beteiligten und der Bündelung ihrer Ressourcen,
- der Motivation und dem Empowerment der örtlichen Bevölkerung und Wirtschaft sowie
- der integrierten Entwicklung und gesamstädtischen Solidarität.

Das Programm muss als offener Lernprozess für alle Beteiligten verstanden

werden, für Verwaltung und Politik, für Verbände und Wirtschaft, für Bürgerinnen und Bürger. Es erfordert eher unkonventionelle als routinierte Verfahren, eher informelle als verregelte Vorgehensweisen, eher neue Partnerschaften als die gewohnten Versäulungen innerhalb eines Politikfeldes. Wir hoffen, dass die Programmbegleitung durch das Difu und die von ihm aufgebaute Netzwerkstruktur zu einem intensiven Erfahrungs- und Informationsaustausch führen, der den schwierigen Prozess bei der Umsetzung des Programms wirkungsvoll unterstützt.

Schon jetzt ist neben viel Kritik, Empfindlichkeit und Angst vor Machtverlust bei Beteiligten aus allen involvierten Bereichen auch viel Unterstützung für den neuen Ansatz des Programms und viel Mut zu seiner Umsetzung festzustellen. Es ist sehr zu begrüßen, dass der Bund sich für die Verstetigung und finanzielle Aufstockung des Programms einsetzt. Wir sind daher zuversichtlich, dass das Programm, vor allem wenn es von den Ländern engagiert und innovativ unterstützt wird, ein Erfolg wird, insbesondere für die Menschen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf.

---

Soziale Stadt © 2000-2004 Deutsches Institut für Urbanistik, im Auftrag des BMVBW vertreten durch das BBR.

Zuletzt geändert am 15.05.2002; Kontakt: [webmaster@sozialestadt.de](mailto:webmaster@sozialestadt.de); Impressum